

## **Erläuternder Bericht zu §§ 289 IV, V, 315 IV HGB**

### **Erläuternder Bericht zu den Angaben nach § 289 Abs. 4, § 315 Abs. 4 HGB (Übernahmehemmnisse) und § 289 Abs. 5 HGB (Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem)**

Im Folgenden sollen die aus dem Lagebericht ersichtlichen Angaben zu den § 289 Abs. 4, § 315 Abs. 4 HGB und zu § 289 Abs. 5 HGB, soweit diese erläuterungsbedürftig sind, erläutert werden.

#### **1. Übernahmehemmnisse**

1. Aktiengattungen: Die Gesellschaft hat nur eine Aktiengattung ausgegeben. Das gezeichnete Kapital beträgt 1.813.800 Euro. Es ist eingeteilt in 1.813.800 namenlose Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte.
2. Es gibt keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder Übertragungen von Aktien betreffen. Am Bilanzstichtag hatte die PEH Wertpapier AG 38.717 Stück eigene Aktien im Bestand. Die eigenen Aktien betragen 2,13 Prozent vom Grundkapital. Aus eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte, insbesondere keine Stimmrechte zu.
3. Eine Beteiligung an der PEH Wertpapier AG, die 10 % übersteigt, hält Martin Stürner, Königstein. Er hält aktuell 20,21 % der Stimmrechte an der PEH Wertpapier AG.
4. Es gibt keine Aktien mit Sonderrechten.
5. Es gibt keine Aktien, die mit Stimmrechtskontrollen ausgestattet sind oder die ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben.
6. Die Ernennung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Es können stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, vertritt es die Gesellschaft alleine. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so vertreten jeweils zwei Vorstandsmitglieder die Gesellschaft oder ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, ob einzelne Vorstandsmitglieder allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind und/oder Rechtsgeschäfte zugleich mit sich als Vertreter eines Dritten vornehmen können (Befreiung von dem Verbot der Mehrfachvertretung des § 181 BGB). Der Vorstand gibt sich durch einstimmigen Beschluss eine Geschäftsordnung, welche die Verteilung der Geschäfte unter den Mitgliedern des Vorstandes sowie die Einzelheiten der Beschlussfassung des Vorstandes regelt. Eine Geschäftsordnung des Vorstandes bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Zur Vornahme von Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, ist der Aufsichtsrat gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft berechtigt. Ansonsten bedürfen Satzungsänderungen eines Hauptversammlungsbeschlusses. Sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt, ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 der Satzung der Gesellschaft ausreichend. Darüber hinaus gilt gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 der Satzung, dass in den Fällen, in denen das Gesetz eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erfordert, die einfache Mehrheit des vertretenen Grundkapitals genügt, sofern nicht durch das Gesetz eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist.

7. Gemäß § 5 der Satzung der Gesellschaft (Genehmigtes Kapital) war der Vorstand der Gesellschaft ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Inhaberstückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt € 666.426,00 zu erhöhen und dabei gemäß § 20 Abs. 2 der Satzung einen von § 60 Abs. 2 S. 3 AktG abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Von dieser Möglichkeit hat der Vorstand keinen Gebrauch gemacht. Gemäß § 6 der Satzung der Gesellschaft (Bedingtes Kapital) ist das Grundkapital der Gesellschaft um Euro 112.484,00, eingeteilt in 112.484 Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie Inhaber von Aktienoptionen, die die Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 19. Juni 2000 durch den Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates oder durch den Aufsichtsrat ausgegeben hat, von ihren Aktienoptionen Gebrauch machen. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der entsprechenden Satzungsbestimmung. Über die bereits seit dem Vorjahr bestehenden Aktienoptionen hinaus werden derzeit keine weiteren Aktienoptionen mehr ausgegeben.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hatte am 12. Juni 2009 die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 30. November 2010 eigene Aktien bis zu 10 vom Hundert des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben (Beschlussfassung über die Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG unter Aufhebung des Ermächtigungsbeschlusses vom 14. Juni 2008, Tagesordnungspunkt 5 der Hauptversammlung vom 14. Juni 2008). Die Gesellschaft hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

8. Wesentliche Vereinbarungen, die unter Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, sind nicht getroffen.
9. Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebotes mit den Mitgliedern des Vorstandes oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

## **2. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem**

Im Lagebericht der Gesellschaft finden sich unter „5. Chancen-, Risiko und Prognosebericht“ umfassende Darlegungen und Erläuterungen zum Risikomanagement der Gesellschaft.

### **Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess**

Die wesentlichen Merkmale des bestehenden internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden

- Die PEH zeichnet sich durch klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstrukturen aus.
- Die Erstellung der Rechnungslegung für Konzern- und Einzelinstitute ist auf Steuerberater/Wirtschaftsprüfer ausgelagert. Dabei werden die Buchungen in der Regel wöchentlich in einer zertifizierten Standardsoftware erfasst, sodass eine ordnungsmäßige Buchführung gewährleistet ist.
- Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Parteien entsprechen den qualitativen und quantitativen Anforderungen.
- Die eingesetzten EDV-Systeme sind gegen unbefugte Zugriffe geschützt.
- Vollständigkeit und Richtigkeiten der Daten des Rechnungswesens werden regelmäßig anhand von Stichproben und Plausibilitäten überprüft.
- Es erfolgen monatliche Berichte, die überprüft, ausgewertet und mit internen Aufzeichnungen verglichen werden.

- Das ausgelagerte Meldewesen wird durch speziell geschulte externe Fachkräfte durchgeführt. Dadurch wird eine den melde- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechende Ausführung gewährleistet.
- Die interne Revision und die Einhaltung der Geldwäschebestimmungen werden von zielgerichtet weitergebildeten und qualifizierten Personen der Tochtergesellschaft PEH Wertpapier AG Österreich übernommen.
- Die Compliance-Überwachungen werden von zielgerichtet weitergebildeten und qualifizierten Personen der Tochtergesellschaft PEH Vermögensmanagement GmbH wahrgenommen.

Das in wesentlichen Merkmalen oben beschriebene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem stellt im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eine durchgehend richtige und Fehler erkennende Rechnungslegung sicher. Die klaren Strukturen und Verantwortungsbereiche sowie die notwendige personelle und materielle Ausstattung sorgen für ein kontinuierliches und effizientes Arbeiten, welches eine einheitliche und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften befindliche Rechnungslegung gewährleistet. Durch diese Maßnahmen können die konzernweit einheitlichen Geschäftsvorfälle zutreffend und verlässlich bewertet werden und die gewonnenen Informationen den bestimmten Adressaten zugänglich gemacht werden.

Oberursel, den 06.05.2011

**Martin Stürner**  
**Vorstandsvorsitzender**

**Günter Stadler**  
**Vorstand**

**Sven Ulbrich**  
**Vorstand**